

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EJPD

Bern, 14.08.2023
ZStV_Bürgerschaft / MZ

Elektronischer Versand: info@eazw.bj.admin.ch

Revision Zivilstandsverordnung & Verordnung über die Gebühren im Zivilstandswesen Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Die vorliegende Revision schafft rechtliche Grundlagen für Neuerungen im elektronischen Personenstandregister, darunter die Einführung eines neuen Standardzeichensatzes für Sonderzeichen europäischer Sprachen. Zudem werden verfahrenstechnische Fragen aufgrund technischer Entwicklungen geregelt. Die FDP enthält sich einer Stellungnahme zu diesen zwei Teilaspekten und überlässt den betroffenen Kantonen und Behörden die Bewertung der Änderungen.

Der Nationalrat hat ausserdem das Postulat Schlatter [20.3046](#) angenommen. Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, ob die Bedingung des Schweizer Bürgerrechts zur Ausübung des Berufs als Zivilstandsbeamtin oder -beamten beizubehalten ist. Die rechtlichen Abklärungen haben gezeigt, dass das Bürgerrechtserfordernis der Normstufe nicht gerecht wird und dieses Erfordernis auf Gesetzesstufe verankert werden muss. Vorliegend muss entschieden werden, ob die entsprechende Bestimmung in der ZStV zu streichen oder in eine Regelung auf Gesetzesstufe zu überführen ist. Zu diesem Punkt nehmen wir wie folgt Stellung:

Die FDP setzt sich stets für eine freie und liberale Gesellschaft und Marktwirtschaft ein und jegliche Einschränkungen in die Freiheit müssen plausibel erklärt werden. Diese Einschränkung in der Beschäftigung der öffentlichen Verwaltung stellt jedoch eine Diskriminierung dar, und befriedigende Gründe wieso die Schweizer Staatsbürgerschaft im Zivilstandswesen nötig ist, sind nicht ersichtlich. Das Argument der hoheitlichen Aufgabenerfüllung ist nicht mehr zeitgemäss, weil die Diversität in Sprache und Kultur gar einen Mehrwert in der Ausübung der Funktion erbringen kann. Das Vorhandensein der fachlichen und menschlichen Komponenten für die Ausübung der Aufgaben werden bereits durch die eidgenössische Berufsprüfung gewährleistet. Des Weiteren leidet auch dieser Bereich unter Rekrutierungsprobleme im Nachwuchs, weswegen es für uns umso unverständlicher ist, dass der Pool an möglichen Fachkräften willentlich verkleinert wird. Die FDP sieht in der Beibehaltung der Bürgerrechtserfordernis eine ungerechtfertigte Einschränkung, die den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes nicht gerecht wird und möglicherweise fähige und qualifizierte Fachleute von der Arbeit in diesem Bereich ausschliesst. Infolgedessen fordern wir dieses Erfordernis gänzlich zu streichen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Präsident



Thierry Burkart
Ständerat

Der Generalsekretär



Jon Fanzun